

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1931**

255 (3.11.1931)







### Rüstungsstillstand oder Abrüstung

Die Reichsregierung hat ein Schreiben, das von Reichskanzler Dr. Brüning geschickt ist, an den Generalsekretär des Völkerbundes gerichtet, in dem es u. a. heißt:

Auf Ihr Schreiben vom 2. Oktober 1931 beziehe ich mich, Ihnen namens der deutschen Regierung Folgendes mitzuteilen:

In dem Bestreben, jede Maßnahme zu unterstützen, welche die Arbeiten der Abrüstungskonferenz erleichtern könnte, erklärt sich die deutsche Regierung bereit, den am 29. September 1931 von der Völkerbundversammlung vorgeschlagenen einjährigen Rüstungsstillstand anzunehmen.

Als Vertreter eines Landes, das bereits auf Grund vertraglicher Bindungen seine Rüstungen auf ein Minimum hat herabsetzen müssen, lege ich Wert darauf, bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß die durch den einjährigen Rüstungsstillstand sich ergebende Beschränkung der Rüstungen auf den gegenwärtigen Stand nur als vorbereitender Schritt zur Erleichterung der Verhandlungen der kommenden Abrüstungskonferenz, nicht als eine Maßnahme zur Erfüllung der ihr geordneten Aufgabe angesehen werden kann. Denn diese besteht nicht in einer Stabilisierung des gegenwärtigen Rüstungsstandes, sie umfaßt vielmehr eine wirkliche Rüstungsverminderung bei den hochgerüsteten Staaten, die von dem Grundgedanken der Gleichberechtigung und des gleichen Rechtes auf nationale Sicherheit für alle Signatarstaaten ausgehen muß.

Ich bitte Sie, die zur Abrüstungskonferenz eingeladenen Regierungen von diesem Schreiben in Kenntnis zu setzen.

### Platz der Jugend!

#### Ergänzungsverordnung zur preussischen Sparnotverordnung zugunsten der Junglehrer

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat das preussische Staatsministerium eine Ergänzungsverordnung zur preussischen Sparnotverordnung verabschiedet, durch die die gesetzlichen Vorschriften über das freiwillige Ausscheiden von Lehrern in der Richtung geändert werden, daß ältere Lehrer und verheiratete Lehrerinnen unter erleichterten Bedingungen ausscheiden können und die dadurch erledigten Einparzellen unverfügt dem Lehrernachwuchs zugute kommen. Verfassungsrechtliche Erwägungen haben es bewirkt, daß die notwendigen Einschränkungsmaßnahmen auf dem Gebiete des öffentlichen Schulwesens allein die jüngeren, noch nicht fest angestellten Lehrer betreffen müßten. Die neue Ergänzungsverordnung bringt nun die fehlenden Erleichterungen für eine freiwillige Verletzung älterer Lehrer und verheirateter Lehrerinnen in den Ruhestand und gibt die Möglichkeit, die Erparnisse, die erachtet werden, wenn von den neuen Vorschriften Gebrauch gemacht wird, so zu verwenden, daß die Benachteiligung der Junglehrer durch die Sparnotverordnung teilweise wieder aufgemacht werden kann.

### Der Vormarsch der Sozialdem. Presse

Amsterdam, 1. Nov. (Eig. Draht.) Das neue große Zeitungsgebäude des Amsterdamer sozialistischen Organs Het Volk wurde mit einer Ansprache des früheren Ratsheeren W. J. B. A. u. t. feierlich eingeweiht. W. J. B. A. u. t. teilte u. a. mit, daß am 1. November fünf neue sozialdemokratische Zeitungen in niederländischen Provinzialhauptstädten erscheinen und die Zahl der sozialdemokratischen Zeitungsleser allein in den letzten Wochen um 10 000 gestiegen ist. Am Samstagabend beschloß ein gewaltiger Fackelzug den für die niederländische Arbeiterbewegung bedeutsamen Tag.

### Die Fälligkeit der Aufwertungshypothen

#### Kein allgemeines Moratorium

In den letzten Tagen war von den Interessenten Stimmung da für gemacht worden, den Fälligkeitsstermin der Aufwertungshypothen, der durch das letzte Aufwertungsgeleit auf den 1. Januar 1932 angelegt worden war, zu verschieben, soweit es nicht schon durch private Vereinbarungen oder die Entscheidung der Aufwertungshilfe geschehen ist. Zur Begründung wurde die schwierige Lage des Kapitalmarktes angeführt, die eine Umschuldung von hunderten von Millionen in diesem Augenblick ungeheuer erschweren müsse. Und diese Begründung erschien in der Tat stichhaltig. Jetzt stellt sich aber bei einer Besprechung der beteiligten Gruppen im Reichsjustizministerium heraus, daß die Schwierigkeiten von den Interessenten übertrieben worden sind. Offenbar sind schon so weitgehend private Vereinbarungen erfolgt, daß nur mehr ein verhältnismäßig geringer Beitrag für die Umschuldung oder Rückzahlung in Frage kommt. Der Gedanke eines allgemeinen Moratoriums für die Aufwertungshypothen wurde daher endgültig fallen gelassen. Statt dessen einigte man sich darauf, daß in einer neuen Notverordnung, die demnächst erlassen dürfte, die Schuldner, die die Frist zur Stellung eines Antrages auf Hinausschiebung der Fälligkeit der Aufwertungshypothen bei den Aufwertungsstellen verläumt haben, unter gewissen Bedingungen noch nachträglich zur Stellung eines Antrages berechtigt werden und daß von den Aufwertungsstellen bereits erledigte Anträge unter den gleichen Bedingungen einer Nachprüfung unterzogen werden können.

Es ist zu bezweifeln, daß die künftigen Rechte, die die Aufwertungshypothen den Inflationsgeschädigten geben hat, nicht durch ein allgemeines Rückzahlungsmoratorium abermals geschmälert werden. Für die nachträgliche Verlängerung der Frist zur Anrufung der Aufwertungsstellen werden auch die Aufwertungshypothen eine Lösung gefunden wurde, die der Willigkeit entspricht, muß gefordert werden, daß auf keinen Fall den Wünschen der Interessenten aus der Industrie und dem Hausbesitz nachgegeben wird, die für die am 1. Januar 1932 fälligen Aufwertungshypothen und für die in den nächsten Monaten fällig werdenden Goldhypothen aus der ersten Inflationszeit ein allgemeines Moratorium verlangen. Diese Wünsche sind um so unberechtigt, als es sich nur um verhältnismäßig niedrige Beträge handelt und als die industriellen Schuldner der Aufwertungshypothen ohnehin schon bei der Aufwertungshypothen wesentlich besser weggekommen sind als die Schuldner der Aufwertungshypothen. Der Aufwertungslohn für Obligationen wurde bloß auf 15 Proz. festgesetzt, für Hypothen dagegen auf 25 Proz. Soll jetzt abermals für die paar Industrieunternehmungen, die am 1. Januar 1932 Aufwertungshypothen zurückerhalten haben, eine Extrawurst gebacken werden?

### Haushaltsauschuss des Reichstags einberufen

Der Haushaltsauschuss des Reichstags ist für den 19. November einberufen worden. Die Tagesordnung umfaßt sämtliche Vorlagen und Anträge, die dem Ausschuss zur Zeit vorliegen. Sie ist sehr umfangreich und enthält nicht weniger als 50 Einzelpunkte.

### Japans Widerstand gegen die Völkerbundentscheidung

Tokio, 2. Nov. (Reuter.) Die japanische Regierung erklärt, daß es ihr unmöglich sei, den chinesischen Vorschlag unmittelbarer Verhandlungen auf Grund der Entscheidung des Völkerbundes vom 21. Oktober anzunehmen.

## Laval zurückgekehrt

### Eine Konferenz und ihr Dementi

Paris, 2. Nov. Ministerpräsident Laval ist am Montag nachmittag um 2 Uhr von seiner Amerikareise nach Paris zurückgekehrt. Sämtliche in Paris anwesenden Minister, hohe Beamte, Parlamentarier und Freunde des Ministerpräsidenten, sowie der japanische und polnische Botschafter und der amerikanische Geschäftsträger erwarteten ihn auf dem Bahnhof.

Am 4 Uhr nachmittags erstattete Laval dem Präsidenten der Republik über die Aussprache mit Hoover Bericht.

Einer Meldung der Radiogenerale zufolge, die einige Stunden vor der Ankunft Laval in Le Havre von Bord der „Isle de France“ nach Paris übermittelt wurde, soll Laval die Absicht haben, die Reichsregierung um eine bündige Erklärung über ihre Pläne hinsichtlich des Youngplans und des Zahlungsmoratoriums zu ersuchen. Man erwartet, so heißt es in der Meldung weiter, daß Laval daraufhin seinen Gläubigern einen Antrag auf nochmalige Prüfung seiner Zahlungsfähigkeit stellt. In diesem Falle würde Laval für anfangs Dezember eine Gläubigerkonferenz nach Biarritz einberufen, die, wie man hofft, vor Beginn der Abrüstungskonferenz und vor der Fälligkeit der Deutschland gewährten Kredite zu einem abschließenden Ergebnis gelangt.

In Korrektur dieser Meldung läßt Ministerpräsident Laval durch die Agentur Havas die von verschiedenen Blättern wiederergebene Meldung einer Nachrichtenagentur, er wolle eine Konferenz der Gläubiger Deutschlands nach Biarritz einberufen, dementieren.

### Deutschlands Vorschlag zur Kreditrückzahlung

Berlin, 2. Nov. Der deutsche Botschafter in Paris, v. Hoersch, dürfte dem französischen Ministerpräsidenten während der für Dienstag in Aussicht genommenen Unterhaltungen unter anderem vorschlagen, daß Deutschland bereit ist, sieben Milliarden kurzfristige Kredite innerhalb von 10 Jahren von je 700 Millionen Mark zurückzahlen. Die schwebenden kurzfristigen Kredite werden auf

rund 11,5 Milliarden geschätzt. Davon laufen ein Teil entweder als Rembours-Kredite oder in einer Weise, daß sie sich den Stillhalter-Verhandlungen aus volkswirtschaftlichen Gründen entziehen müssen. Für die restlichen 7 Milliarden aber muß ein Abkommen getroffen werden, das mit unserer Handelsbilanz und mit der Aufnahme-fähigkeit der fremden Länder für deutsche Waren in Einklang gebracht werden kann.

### Kriegergräberreinigung in Paris

Paris, 2. Nov. (Eig. Draht.) Die deutsche Kolonie ehrte am Montag, wie in jedem Jahr am Allerheiligentag das Gedächtnis der der Gefangenschaft gestorbenen und in Paris beigesetzten Soldaten durch eine Feier auf dem Friedhof Bagneux, in deren Verlauf der Geschäftsträger Forster in Abwesenheit des Botschafters einen Kranz mit einer schwarz-rot-goldenen Schleife niederlegte, und die von dem Botschafter vor seiner Abreise nach Berlin verlesene Rede vorlas.

In dieser Rede stellte der Botschafter fest, daß die Pflege und die Ausschmückung der in Frankreich gelegenen Kriegergräber im vergangenen Jahre weitere Fortschritte gemacht habe, daß die französischen Gräberverwaltung ihren vertraglich übernommenen Verpflichtungen überall gerecht werde, und darüber hinaus in den meisten Fällen die deutschen Kriegergräber genau so wie ihre eigenen unterhalte. Außerdem seien auf Wunsch der deutschen Kriegergräber für die in vergangenen Jahre weitere 25 Frontfriedhöfe durch Baumpflanzungen, durch Portale und Ehrenmäler, sowie durch Grabsteine und Bäume instand gesetzt worden.

Am Schluß der Rede des Botschafters heißt es in bezug auf die gegenwärtige schwierige Lage Deutschlands: „Küme es nur darauf an Hand anzulegen zu talentvoller Arbeit so bedürfen wir keinerlei Aufmunterung. Das deutsche Volk würde dann seinen Mann stellen. Es gilt aber heute, Vertrauen und Mut zu zeigen in dem Augenblick, in dem ein schwerer Druck auf uns lastet, in dem arbeitsfreie Hände zum Nichtstun verurteilt sind, in dem Not und Sorge immer weitere Kreise unseres Volkes erfaßt. In solchen Zeiten erweist sich am klarsten die moralische Kraft und der innere Wert einer Volksgemeinschaft. Ich glaube, daß wir eine Lösung auf Besserung und schließlich Überwindung der Uebel in dem unbezweifelten Willen Deutschlands zur Anstrengung der äußersten Kräfte und in wachsender Erkenntnis der Mittel von der Notwendigkeit eines Zusammenstehens aller Völker im Kampf gegen die Gefahren finden werden, die die Welt bedrohen.“

## Verderbliche Agrarpolitik

### Mangel an Brot- und Futtergetreide - Enorme Liebesgaben für den Osten

In seiner heutigen Moränenansprache berechnet der Vorwärts, daß die heutige Landwirtschaft weder den gesamten Bedarf an Brotgetreide noch an Futtergetreide befriedigen kann. Es fehlen über 3 Millionen Tonnen Futtergetreide und annähernd 1 Million Tonnen Brotgetreide. Als einziger Ausweg aus der Situation erblickt der Vorwärts eine möglichst baldige Erleichterung der Einfuhr von Brot- und Futtergetreide. Er schließt seine Betrachtungen wie folgt:

„Eine Revision der bisherigen Getreidepolitik ist unbedingt notwendig. Die Reichsregierung muß, wenn sie die von ihr stets im Munde geführte Verantwortung auch in die Tat umsetzen will, den unsinnigen und schädlichen Plänen des Reichsernährungsministeriums, die Brot- und Futtergetreidepreise hochzutreiben, entgegenzutreten und durch Erleichterung der Getreide- und Maiszufuhr jede weitere Preissteigerung vermeiden und die Versorgung mit Brot- und Futtergetreide sicherstellen.“

In den letzten zwei Monaten sind aus den Mitteln der Osthilfe 13 Millionen Mark an Landwirtschaftsbetriebe gezahlt und 26 Millionen bewilligt worden.

Mit dieser Summe sollen rund 300 Betriebe saniert werden. Auf dem Hilfsfonds für gemischte Betriebe, der 50 Millionen Mark beträgt, wurden mehr als 3,5 Millionen ausbezahlt. Die Wichtigkeit nun dahin, die Darlehenszahlungen in Zukunft möglichst einzuschränken. Die landwirtschaftlichen Betriebe sind zwar nur für, sollen künftig etwa 75 Proz. der Hilfssumme in Scheinen der Bank für Industrieobligationen und nur 25 Proz. in bar erhalten. Wie diese Scheine unterzubringen sind, steht zur Zeit noch nicht genau fest.

Im Zusammenhang mit diesen Fragen steht zur Zeit der Wunsch der Landwirtschaft nach einem Moratorium und einer allgemeinen Zinsstundung zur Debatte.

## Freistaat Baden

### Die Wohlfahrtslasten badischer Gemeinden

#### Ein Hilferuf des Innenministers

Der badische Innenminister, Genosse Maier, hat sich sowohl in einem amtlichen, wie auch in einem persönlichen Schreiben an den Herrn Reichsfinanzminister Dietrich gewandt, um finanzielle Hilfe für badische Gemeinden zu erlangen, eine Hilfe, die den Gemeinden die Wohlfahrtslasten erleichtern soll. Wie geradezu tragisch die Verhältnisse in manchen badischen Gemeinden sich gestaltet haben, ist schon wiederholt in der Presse behandelt worden. In dem persönlichen Schreiben weist Minister Maier darauf hin, daß Baden in der Durchführung der Sparmaßnahmen bis an die äußerste, politische kaum mehr tragbare Grenze gegangen ist. Der Hilferuf des Innenministers ist von den in Karlsruhe wohnenden badischen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten schriftlich beim Reichsfinanzminister unterfütigt worden. Das Schreiben des Ministers schildert die Notlage der badischen Gemeinden wie folgt:

„Nach dem dortigen Kundgebungen vom 16. Oktober wird über die Verteilung des in Artikel 2 des IV. Kapitels der dritten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 6. Oktober 1931 (RGBl. S. 537) vorgesehenen 80-Millionenfonds spätere Mitteilung vorbehalten. Ich darf hieran die dringende Bitte knüpfen, daß das Land Baden in Berücksichtigung der durch die bekannten Grenzänderungsverhältnisse geschaffenen besonderen Notlage in angemessener Weise an diesem Fonds beteiligt wird. Die Abwanderung eines großen Teils der Industrie und der durch die neue Reichsgrenze bedingte Strukturwandel der badischen Wirtschaft hat die Leistungsfähigkeit zahlreicher Städte und Gemeinden des Landes erheblich gemindert und sie an der guten Konjunktur der vergangenen Jahre in ungleich geringerem Maße teilnehmen lassen, als dies in anderen Teilen des Reiches der Fall war. Dagegen hat die rückläufige Konjunktur die badischen Kommunen um so früher und nachhaltiger getroffen.“

Die Folgen dieser Entwicklung zeigen sich sowohl in der hohen Verschuldung, als auch in den Zahlen der Wohlfahrtsdienstleistungen, die sich um so drückender auswirken, als sie die badischen Gemeinden schon länger belassen als anderwärts. Ueber diese Notlage darf auch nicht der Umstand hinwegtäuschen, daß das Land Baden infolge seiner überwiegend landwirtschaftlichen Struktur eine geringere Durchschnittszahl an Wohlfahrtsdienstleistungen aufweist als der Reichsdurchschnitt. Durch die Zuteilungen aus dem 150-Millionenfonds erfahren die stark belasteten Gemeinden nicht die mit Rücksicht auf ihre überaus unangünstige Finanzlage gebotene Erleichterung.

Dazu kommt noch, daß die zahlreichen, um die Städte gelegenen Arbeiterwohngebiete, die zum Teil erstickend hohe Wohlfahrts-

fahrtswertleistungen aufweisen, bei der Verteilung dieser Fonds, weil hierbei von den Erwerbslosen zahlen der Bezirksfürsorgebehörde ausgegangen wird, nicht oder nur ganz ungenügend berücksichtigt werden, obwohl nach der badischen Regelung des Fürsorgegesetzes auf diesen Gemeinden die gesamte Wohlfahrtsdienstleistung ruht. Die Zuteilung aus dem 150-Millionenfonds erreicht nicht den Betrag, der sich aus der Zuteilung aus dem früheren 80-Millionenfonds und dem hälftigen Gebalstanzungsanteil des Landes ergeben hätte. Für die Gesamtheit der badischen Gemeinden und insbesondere für die kleineren industrialisierten Landgemeinden bedeutet daher die Neuregelung eine empfindliche Verschlechterung, obwohl inzwischen die Notlage dauernd gemindert ist. Da das Land an einer finanziellen Hilfeleistung an seine notleidenden Gemeinden auserkannbar ist, sind diese Gemeinden auf eine angemessene Beteiligung an dem 80-Millionenfonds des Reiches dringend angewiesen.

Da der Herr Reichsfinanzminister selbst Baden er ist, und ihm die besonderen Verhältnisse im badischen Lande infolge der neuen Grenzziehung durch den verlorenen Weltkrieg durchaus bekannt sind, ebenso auch die beinahe einzigartige Notlage der badischen Landgemeinden, so darf doch gehofft werden, daß der Hilferuf des Innenministers in Berlin nicht ungehört verhallt. Baden ist ohnehin reich sehr reich geworden in seinen Ansprüchen an das Reich gemein, im Gegensatz zu anderen Gebieten des Reiches. Wir erinnern uns noch recht gut, wie norddeutsche Reichstagsabgeordnete ihrem Ersuchen darüber Ausdruck gaben, daß das Land Baden sich die beinahe vorinsinulischen Verkehrsverhältnisse auf der Wäzauer Schiffbrücke so lange hat gefallen lassen, als der Verkehrs-ausschuss des Reichstags in Mainz weifte.

### Die Beschwerde des Gruselhorn verworfen

D3. Karlsruhe, 2. Nov. Die in Laub erscheinende nationalsozialistische Wochenzeitschrift Gruselhorn wurde am 14. Oktober vom Richter des Amtes für Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen auf die Dauer von 6 Wochen verboten. Gegen dieses Verbot hat der Verlag beim Reichsgericht Beschwerde eingelegt. Diese wurde durch Beschluß vom 24. Oktober auf Kosten des Beschwerdeführers als unbegründet verworfen. Das Reichsgericht meint, daß die Verbotsmessung mit Recht eine Bekämpfung und böswillige Verächtlichmachung der oben genannten Stellen und eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für vorliegend erachtet hat. Angesichts der Gedankenlosigkeit und der Ausdrucksweise des Artikels bedürfte es keiner näheren Erörterung. Das Verbot ist damit gerechtfertigt. Auch die auf 6 Wochen bemessene Dauer sei als angemessen anzuerkennen, zumal die Druckchrift Gruselhorn schon wiederholt Anlaß zu Beanstandungen gegeben hat.



### Kurfürstendamm-Krawalle als „harmlose Spaziergänge“

**Instruktionen über „Verhaltensregeln“**  
 Berlin, 2. Nov. (Fig. Drabl.) In dem Prozeß gegen die nationalsozialistischen Pogromführer vom Kurfürstendamm sollte am Montag der Berliner Gauführer der Nazis, Goebbels, vernommen werden. Goebbels war jedoch nicht erschienen. Anscheinend will er für ihn henzulassende Vernehmung vorerst ausweichen.  
 Ueber das Thema, zu dem Goebbels vernommen werden sollte, ist der wohl wichtigste Zeuge des Tages, Kriminalkommissar Feiler, am Samstag als durchhaus vertrauenswürdig bezeichnet worden ist. Dieser Zeuge hat mitgeteilt, daß vor dem Kurfürstendamm-Pogrom zwischen dem angeklagten Graf Helldorf und dem nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Goebbels eine Besprechung über Instruktionen von Unruhen am jüdischen Neujahrstfest stattgefunden habe. Man sei sich darüber einig, gewesen, daß „etwas geschrien“ müßte. Zuerst habe man geplant, die Erwerbslosen der SA mit ihren Stempelkarten in der Hand auf den Kurfürstendamm zur Demonstration zu schicken. Die Stempelkartenführer hätten aber dagegen später protestiert, die Erwerbslosen als Kanonenhüter zu misshandeln und so habe man sich zum Einmarsch der gesamten SA entschlossen. Der Zeuge des Kriminalkommissars berichtet weiter, daß nach dem Pogrom eine Stempelkartenführer-Besprechung stattgefunden habe, in der den „Unterführern Verhaltensregeln“ bei der Vernehmung vor der Polizei und vor Gericht gegeben worden seien. Die Unterführer seien angewiesen worden, ihre Anwesenheit auf dem Kurfürstendamm als „harmlose Spaziergänge“ zu bezeichnen. Weiterhin sollten sie ausfragen, daß sie Willard — und Karten gespielt und sich mit Freunden privat getroffen hätten. Der Verteidiger, der die Aussagen des Kriminalkommissars naturgemäß äußerst unangenehm sind, verfuhr mit allen Mitteln dem Beamten den Namen seines Gewöhrsmannes zu entreißen, eine Zumutung, die der Kommissar aus naheliegenden Gründen zurückwies. Immerhin ist in diesem Zusammenhang das Fernbleiben des geladenen Dr. Goebbels sehr bemerkenswert. Wenn der Graf Helldorf in der Verhandlung angab, daß eine Krawallbesprechung zwischen ihm und Dr. Goebbels nicht stattgefunden habe, so wäre es doch schon im Interesse der Angeklagten das Gegebene gewesen, wenn der nationalsozialistische Abgeordnete seiner Ladung Folge geleistet hätte. Die vom Privatsekretariat Dr. Goebbels als Grund angegebene „politische Reise nach Danzig“ steht sehr nach Aussage aus.

Am Verlauf der Montagverhandlung wurden die politischen Freunde des Angeklagten Brandt, meist jugendliche Stahlhelmer, vernommen, die vergeblich versuchten, ihren auf schwerste belasteten Bekämpfung herauszureißen. Welch Geisteskind dieser Ingenieur Brandt, der als Rädelführer des Pogroms gilt, ist, beweist die Aussage eines Untersuchungsgefangenen, der auf dem Hof des Moabitler Gefängnisses beim täglichen Spaziergang mit Brandt in Streit geriet. Dielem Zeugen hat Brandt zugerufen: „Geben Sie acht, Ahnen wird es genau so gehen, wie den Kurfürstendammkrawallen.“ Als der Angeklagte Brandt erklärte, daß ihn der Zeuge durch den Hofkontrakt provoziert habe, erklärte dieser unter allgemeiner Beifriede: „Den Gruß kenne ich überhaupt nicht, er ist mir völlig fremd. Ich stehe ja den Deutschenationalen nahe!“

### Landfriedensbruch und Behördenbespitzelung Ein Tendenzurteil

München, 2. Nov. (S.P.N.) Ein unerhörtes Tendenzurteil wurde in der Berufungsinstanz durch das Landgericht München verkündet. 24 nationalsozialistische Landfriedensverbrecher und Verammlungsangehörige wurden nach einer einwöchigen Prozeßkomodie von der Anklage freigesprochen, obwohl durch Dubende beidseitig Zeugen einwandfrei festgelegt wurde, daß die Nazis die Verammlungsangeregung bewußt vorbereitet haben.  
 Der Anklage lag die Saalplacht im oberbayerischen Städtchen Murnau am 1. Februar d. J. zugrunde. Die Verammlung war von der Sozialdemokratie mit dem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Auer als Redner einberufen worden. Die Nazis hatten durch einen besonderen Sturmbeißel aus einem Umkreis von 50 Kilometer umgegriffene SA-Leute herangezogen, das Verammlungslokal mit einer Uebermacht besetzt und durch Abhängen des dortigen Pfeifens den Ansturm zur Schlägerei gegeben, bei der es Dubende von Verletzten gab.  
 Schon in erster Instanz wurden die Landfriedensverbrecher entgegen dem Antrage des Staatsanwalts freigesprochen, lediglich ein 17jähriger SA-Führer, der sich besonders brutal benommen hatte, wurde wegen Körperverletzung zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt. Das Berufungsgericht ging aber über das unerhörte Urteil des Erstinstanzers hinaus und sprach auch diesen Kollina frei, obwohl er bei seiner politischen Vernehmung selbst zugegeben hatte, daß er ohne zwingende Not mit einem Stuhlbein von hinten auf einen Reichsbanner-Saalkomiteemännchen eingeschlagen hätte. Hingegen blieb lediglich der Postbeamte Abher, der wegen Verletzung des Telegrafengeheimnisses in erster Instanz 5 Monate Gefängnis erhielt. Abher hatte in seiner Funktion als sogenannter SA-Beobachter ein Telegramm, das an die Murnauer Sozialdemokratie gerichtet war, um sie von der beabsichtigten Sprengung zu verurteilen, an die Nazi-Parteileitung weiterzugeben.  
 Von den vielen Merkwürdigkeiten dieser Berufungsverhandlung verdient besonders das achteinseitige Verurteilen eines der Sachverständigen schwer belastenden geheimen SA-Dokuments aus den Gerichtsakten Erwähnung. Dieses Schriftstück, das in den Akten des Erstinstanzers noch vorhanden war, enthielt eine Anweisung an die sogenannten SA-Beobachter des Bezirks zur iteneren Bespitzelung von Behörden, Organisationen aller Art, auch der Reichsbanner, der Post usw. Das Gericht nahm von dem merkwürdigen Verurteilten dieses Schriftstückes ohne die geringste Aufregung Kenntnis. In der Urteilsbegründung erklärt das Gericht alle wichtigen Beweisergebnisse, den Kasuistikbefehl, einen Brief mit der Bemerkung von der beabsichtigten Sprengung, der bei einem Nazi gefunden wurde, ferner die Tatsache der Veranschlagung auswärtiger SA-Leute, das mitabgebrachte Verbandszeug usw. kurzer Hand für nicht haltbar.

### Raubüberfall auf einen Kassenboten

Bad Seneberg, 2. Nov. Ein Boten der Seneberger Vereinskant wurde heute gegen Abend vor dem hiesigen Postgebäude von drei jungen Leuten überfallen und durch drei Revolverkugeln in den Rücken niedergestreckt. Der Überfallene wurde schwer verletzt ins Krankenhaus übergeführt, wo er hoffnungsvoll darniederliegt. Die Täter, die sämtliche Taschengeldbeutel, sind in der Richtung Bad Döberlode geflüchtet. Der Kassenbote der Bank wollte die Briefe auf das Postamt bringen und hatte überhaupt kein Bargeld mit sich. Die in den geraubten Einschreibbriefen befindlichen Schecks sind sofort gesperrt worden.

# Hinein ins Zuchthaus!

## Wo bleibt die Strenge des Gesetzes bei den Wirtschaftsskandalen?

Wir vermögen uns nicht zur Einseitigkeit der nationalsozialistischen Presse aufzuschwingen, die bei den Wirtschaftsskandalen immer nur die schuldigen Juden sieht, die „nationalen“ Herrschaften jedoch mit einer Gloriosa umgeben möchte. Wir stehen auf dem Standpunkt, ob Jude, Christ oder Freidenker, wer sich Gesetzesverletzungen schuldig gemacht hat, die Volksgemeinschaft durch unlautere Spekulationen zu betrügen, gehört ins Zuchthaus. So greift man in anderen Ländern durch und so muß auch in Deutschland durchgesetzten werden, gleichgültig, um wen es sich handelt.  
 Der Fall Schultheiß-Pagenhofer stinkt zum Himmel. Und er ist nicht nur ein Fall Ludwig Kagenellendogens, es ist ein Fall unerer Großfinanz und unerer Industrieherarchie, der Goldschmidts, der Reinharzts und wie sie alle heißen mögen. Man wollte verdienen, maßlos verdienen. Dabei gab es Betriebsunfälle. Man rentie sie ein, gegen das Sandels- und Strafgesetzbuch. Man vertuschete. Man belog die Öffentlichkeit. Man täuschte das Publikum, das den Unternehmen sein gutes Geld anvertraute, in gräßlicher Weise in der Hoffnung, daß man ja die Wäsche im Staate habe und daß man die Dine schon schmeißen werde.  
 Darüber gingen ferngehende Unternehmungen zugrunde. Sie sind ruiniert. Nächstens wird man uns erzählen, der Marxismus sei schuld, Gewerkschaften und Sozialdemokratie hätten die Unternehmungen zugrunde gerichtet.  
 Heute ist der Tatbestand noch so frisch. Heute kann man dem Publikum noch nicht das Märchen vom Marxismus summen. Aber nächstens wird man das ganz bestimmt tun.  
 Heute erfährt man durch Dr. Schifferer, den jetzt mahaebenden Mann bei Schultheiß-Pagenhofer, daß es zunächst gelungen sei, von

den zuständigen Banken 10 Millionen Mark neue Mittel zu erhalten. Menschlichem Ermessen nach sind also im Hinblick auf die hohen Depositen bei Schultheiß zunächst keine Schwierigkeiten zu erwarten. Vorläufig hat sich auch noch keine Kommission zur Untersuchung der Sünden des Marxismus im Falle Schultheiß-Pagenhofer gebildet, sondern eine Revisionskommission, die sich mit Zweckmäßigerem zu beschäftigen haben wird.  
 Im einzelnen erklärt sich die Situation bei Schultheiß-Pagenhofer immer mehr in der Richtung, daß ein technisch hervorragender und im Kern gesunder Betrieb durch Manipulationen betriebsfremder Spekulant und durch Machtkämpfe der Großbanken in die jetzigen Schwierigkeiten geraten ist. Interessant ist die Erklärung Dr. Schifferers von der Schultheiß-Pagenhofer, die dahin geht, daß auf dem Rücken der Schultheiß-Pagenhofer-Brauereien Interessentenkämpfe von allen Seiten ausgefochten wurden, die gar nicht mit den Betrieben zu tun haben.  
 Alles das wird der Staatsanwalt Karstellen müssen. Wir hoffen aber, keinen zweiten Fall Favag zu erleben, d. h. wir hoffen nicht zu erleben, daß erst nach 2 Jahren den Schuldigen der Prozeß gemacht wird, wie im Fall des Frankfurter Lebensversicherungskonzerns, und zwar in einer Weise, die vermuten läßt, daß noch die Entfel der gegenwärtig im Favagprozeß durch den Favagskandal als Verteidiger ihr Auskommen finden werden. In England hat es im Laufe der Krise auch ein paar Skandale gegeben. Die Verhältnisse laagen sicherlich ebenso verwickelt wie bei den deutschen Skandalen. Aber nach drei bis vier Monaten hatte man die Schuldigen vor das Gericht und später ins Zuchthaus gebracht. Diefelbe Eile wäre auch für die deutschen Verhältnisse wünschenswert.

# Ein neuer Wirtschaftsskandal

## Die Schließung des Linoleumwerkes Maximiliansau

Uns wird von gewerkschaftlicher Seite geschrieben:  
 Die Stilllegung, oder besser gesagt der stille Betriebsabbruch des Linoleumwerkes in Maximiliansau ist jetzt eine beschlossene Sache und zwar im Einverständnis mit der Bayerischen Staatsregierung, trotzdem der Regierung bekannt ist, daß das Werk in Maximiliansau zu den bestrentierensten Werken des Konzerns gehört und die meisten Ueberflüsse aufzuweisen hat. Diese Ueberflüsse der deutschen Linoleumwerke wurden aber zum größten Teil in die Auslandswerke des Linoleumkonzerns gesteckt. So erforderte das Werk Sarlino in Frankreich im Jahre 1930 allein die Summe von 125 000 000 Franken. Ein Wollenbau im Bereich der Konzernleitung in Bietigheim hat ebenfalls schon ungeheure Summen verschlungen.  
 Auch ist der Bayerischen Staatsregierung bekannt, daß der Linoleumkonzern im September 1931 1000 Aufträge hatte, daß alle deutschen Werke bei zweckmäßiger Einteilung hätten beschäftigt werden können. Nachdem aber der Konzernleitung bekannt ist, daß die Bayerische Staatsregierung sich mit der platonischen Erklärung des Generaldirektors Heilner abgefunden hat, wonach das Werk in Maximiliansau betriebsbereit gehalten werden soll, wird in den anderen Werken des Konzerns mit allem Hochdruck gearbeitet.  
 Am 25. September 1931 fanden die Verhandlungen der Konzernleitung mit der Bayerischen Staatsregierung in München statt, wozu die Arbeitnehmervertreter trotz wiederholter Mahnung nicht hinausgelassen wurden, obwohl der Wunsch der Teilnahme an den Verhandlungen bereits beim ersten Besuch im Ministerium zum Ausdruck gebracht war. Seit dem 25. September sind in Bietigheim 100 Arbeiter neu eingestellt und man arbeitet an drei Druckmaschinen je drei Schichten pro Tag, um nur die Aufträge bewältigen zu können. Eine neue enalische Druckmaschine wird jetzt noch in aller Eile montiert und müßten dazu noch zwei englische Monteur hergeholt werden, um die neue Maschine so schnell wie möglich in Gang zu setzen.  
 In Maximiliansau dagegen steht schon seit längerer Zeit eine fast neue Maschine still und die von dieser Maschine gelieferte Produktion wurde nach Bietigheim verlegt. In Delmenhorst sind ebenfalls 36 Arbeiter neu eingestellt und wird dort an zwei Kalandern in je zwei Schichten gearbeitet, ebenso an 7 Vorpressen bis abends 17 Uhr, weil mit der Produktion vielzuange zurückgehalten wurde. Nachdem die Verhandlungen mit der Regierung abgeschlossen sind, kann nun feste drauf losgearbeitet werden.  
 Durch die Rationalisierungsmahnahmen des Konzerns belam das Werk in Maximiliansau nur noch Kork und Jalpe zu produzieren, welche Sorten in den anderen Werken Schwierigkeiten bereiten. Auch das neue Spezialpapier wurde in den anderen Werken verlegt, jedoch mit wenig Erlöse. Diese neue Ware wurde in Maximiliansau zur Zufriedenheit der Käufer hergestellt. Jetzt werden die Einrichtungen, welche zur Herstellung des neuen Spezialpapiers notwendig sind, nicht nur für die deutschen Werke in Maximiliansau angefertigt, sondern auch für die Auslandswerke.

Das Vorgehen wäre begrifflich, wenn das Werk in Maximiliansau ein unmodernes Werk wäre, wie noch manches andere Werk des Konzerns. Hier aber sprechen Motive persönlicher Natur mit, die in dem Amiepaß innerhalb der Konzernleitung ihren Grund und Ursache finden. Direktor Dr. Keemann hat zwar eine Uiltschmährechnung aufgestellt über die Uiltschmähminderung bei der Uebernahme der Produktion von Maximiliansau nach Delmenhorst, welche aber ebensovienig stimmt, wie die Berechnungen der Fabulen und anderer sogenannter „Wirtschaftsführer“.  
 Die Stilllegung des Werkes in Maximiliansau ist überdies von Leuten beschlossen, die den Betrieb und seine Einrichtungen überhaupt noch nicht gesehen haben und es ist bezeichnend, daß Anfang September 1931 einer der Herren Generaldirektoren bei seinem ersten Besuch in Maximiliansau ganz erstaunt war über die prächtige Einrichtung des Werkes. Ende September war ein Betriebsleiter aus Delmenhorst einige Zeit in Maximiliansau, um sich Skizzen zu machen und um die Maximiliansauer Fabrikationsmethoden zu studieren.  
 Mitte Oktober 1931 war dann sogar ein Ingenieur aus dem holländischen Werk in Krommenie in Maximiliansau, der sich nicht nur die Einrichtungen insizerte, sondern auch noch die ganzen Reserpte mitbekam. Wenn ein Arbeiter oder Angestellter die Fabrikationsgeheimnisse einem anderen Werk, und sei es auch demselben Konzern angehörig, verraten würde, dann hätte der Staatsanwalt sofort Arbeit.

Der deutsche Linoleumkonzern beschäftigt zur Zeit noch etwa 3000 Arbeiter und Angestellte. Von den 7 in Deutschland befindlichen Werken sind jetzt, Maximiliansau mit eingerechnet, 4 Werke stillgelegt, dafür werden aber die Auslandswerke ausgebaut, die deutschen Arbeiter und Angestellten aber auf die Straße geiekt.  
 Die Zahl der Generaldirektoren hat man von 2 auf 5 erhöht, für weitere 18 Direktoren einträgliche Stellen geschaffen und pensionierten Direktoren Beträge zugehaukt, von denen hunderte von Arbeiterfamilien leben könnten.

Mit Pensionen für lanajährige Dienste der Arbeiter ist man dagegen nicht so freigebig, denn es sind Arbeiter zur Entlassung gekommen mit 30 bis 35 Jahre Tätigkeit im Betrieb, für die man keinen Pfennig übrig hatte. Dabei hat der Konzern keine Bankschulden und finanziert sich selbst.  
 Für die Bayerische Staatsregierung wie für die Reichsregierung wäre es bei dieser Gelegenheit, der Stilllegung des Werkes in Maximiliansau, an der Zeit gewesen, dem Geschäftsgeschehen der D.W. auch aus steuerlichen Gründen etwas mehr Aufmerksamkeit zu schenken, ebe noch mehr in Deutschland erarbeitetes Kapital über die Grenzen wandert, denn die Zustüsse bei Sarlino und Krommenie, welche bis jetzt an diese Auslandswerke gegeben sind, stammen aus dem Ergebnis deutschen Fleißes und es trifft schon zu, wie aus ein Fachmann aus der Branche verifiziert, daß der Preis des deutschen Linoleums noch um mindestens 20 bis 30 Prozent senkt werden könnte, ohne die Rentabilität der gesamten deutschen Werke irgendetwas anzutasten.  
 Die breiteste Öffentlichkeit hat aber ein lebhaftes Interesse daran, welche Schritte von den Regierungen des Reichs und Bayern gegen das verantwortungslose Treiben der Konzernleitung der D.W. unternommen werden. Die von der Entlassung betroffenen Arbeiter und Angestellten und die unter der Last der Sorge für die ausgesetzten Arbeiter zusammenbrechenden Gemeinden müssen schon verlangen, daß gegen diese sogenannten „Wirtschaftsführer“ mit den Mitteln des Staates im Interesse der Volksgemeinschaft eingegriffen wird, ebe es zu spät ist und der Zusammenbruch ebenso erfolgt, wie das jetzt an zahlreichen Beispielen genügend bekannt ist.

# Aus aller Welt

## Erdbeben in Südjapan

Tokio, 2. Nov. Von den Inseln Kjusju und Schikoku wird ein heftiges Erdbeben gemeldet. Ueber die Zahl der Getöteten und Verletzten liegen noch keine genauen Angaben vor. (Es wird sich hier um das von der Technischen Hochschule in Karlsruhe registrierte Beben handeln.)

## Hund verurteilt schweren Verletzungsfall

Essen, 2. Nov. In der Vetroerstraße in Borbeck lief heute nachmittag ein Hund vor einen Lieferwagen und wurde überfahren. Dabei verlor der Führer des Kraftwagens die Gewalt über den

Wagen und fuhr auf den Bürgersteig. Zwei dort auf einem Eisengitter sitzende Mädchen wurden von dem Wagen erfasst und überfahren. Das eine Mädchen trug so schwere innere Verletzungen davon, daß es auf dem Transport ins Krankenhaus starb. Dem anderen wurde der rechte Fuß abgequetscht, außerdem erlitt es einen Oberschenkelbruch.

## Kindesmörder zum Tode verurteilt

Weimar, 2. Nov. Das hiesige Schwurgericht verurteilte heute den 1886 geborenen landwirtschaftlichen Arbeiter Dabier, der im August in der Nähe von Weimar die achtjährige Tochter eines Gutsarbeiters zu vergewaltigen versuchte und sie dann mit einem Strick erdroffelt hat, zum Tode und wegen verschiedener Diebstähle und Stillschleusenverbrechen insgesamt zu zwölf Jahren Zuchthaus. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden ihm auf Lebenszeit aberkannt.





# Groß-Karlsruhe



## Geschichtskalender

3. November

1848 Robert Blum und Fröbel in Wien verhaftet. — 1905 Bauernruhen in Russland. — 1918 Straßenkämpfe in Kiel (8. März). — 1925 Auflösung der italienischen faschistischen Partei durch Mussolini. — 1927 Tschingelischer Schriftsteller Capet-Chob.

### Bautätigkeit in der Stadt Karlsruhe in den Monaten Juli-September 1931

Baugenehmigungen wurden 189 (1930: 258, 1913: 337) erteilt, darunter für 4 (60 bzw. 76) Wohngebäude und für 42 (1930: 24) Bauten, die vorwiegend gewerblichen oder sonstigen wirtschaftlichen Zwecken dienen, ferner für 143 (174 bzw. 212) Umbauten. Baumaßnahmen fanden 103 (111 bzw. 113) statt, darunter von 23 (14 bzw. 23) An-, Auf- und Umbauten, von 26 (39 bzw. 68) neuen Wohngebäuden und von 54 (38 bzw. 22) vorwiegend gewerblichen oder sonstigen wirtschaftlichen Zwecken dienenden Bauten. Unter den 54 „wirtschaftlichen“ Bauten befinden sich u. a. 8 Lagergebäude, 3 Werkstätten, 15 Garagen, 25 Schuppen. In Abgang kamen 13 (8 bzw. 16) Gebäude, darunter 3 Wohngebäude. Von den im Berichtsjahre gebrauchsfertig gewordenen 26 (1930: 59) Wohngebäuden wurden 14 (1930: 31) mit 55 (135) Wohnungen von Privaten und 12 (28) mit 79 (92) Wohnungen von gemeinnützigen Baugesellschaften erstellt. 25 (1930: 59) Wohngebäude mit 133 (227) Wohnungen sind mit Unterstützung aus öffentlichen Mitteln errichtet. Nur eine Wohnung hatten 5 Wohngebäude, das sind 19 Prozent aller neuen Wohngebäude; 1930 waren es 30 Prozent, 1929: 52 Prozent, 1928: 57 Prozent und 1913: 88 Prozent. Insgesamt wurden besitzbar 155 Familienwohnungen (1930: 247, 1913: 280); davon wurden 19 (18 bzw. 16) durch An-, Auf- und Umbauten gewonnen. In Wesfall kamen 15 (6 bzw. 17) Wohnungen. Der Reinzugang an Wohnungen beträgt somit 140 (1930: 241, 1913: 268).

Von dem Reinzugang im 3. Vierteljahr 1931 entfallen auf die Wohnungen mit 1 Zimmer —, 2 Zimmern 19, 3 Zimmern 116, 4 Zimmern 2, 5 und mehr Zimmern 3. Die Kleinwohnungen (mit 1—3 Zimmern) haben also im 3. Vierteljahr 1931 einen Zuwachs von 135 Wohnungen — 96,4 Prozent des gesamten Reinzugangs aufzuweisen und die mittleren und Großwohnungen von 5 = 3,6 Prozent. Städt. Stat. Amt.

### Aus der Parteibewegung

#### Bezirk Weststadt

Die am vergangenen Mittwoch im Lokal „Unter den Linden“ stattgefundene Bezirksversammlung hätte besser besucht sein dürfen. Gen. Friedrich begrüßte die Erschienenen und machte vor Eintritt in die Tagesordnung einige geschäftliche Mitteilungen. Gen. Prof. Kobach hielt alsdann seinen Vortrag über „Frankreich, England und wir“. In äußerst interessanter Weise verband er der Redner, den Anwesenden die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in diesen Ländern vor Augen zu führen. Von einer eingehenden Besprechung des Vortrages soll hier Abstand genommen werden, weil derselbe in Nr. 235 des Volksfreud am 1. November im Berichtsjahre des Bezirks Südstadt eine eingehende Würdigung gefunden hat. Gen. Kobach streifte die inzwischen erfolgten englischen Wahlen und die durch deren Ausgangswechsel eintretenden Möglichkeiten. Er verurteilte die Haltung des Reiches gegenüber England, die sich aus den besonderen Verhältnissen in England ergeben habe. MacDonald wolle wohl sicher keinen Verrat an der Sache der Arbeiterpartei begehen und glaube wohl auch innerhalb der letzten Reiterung für die Arbeiterpartei wirken zu können. Nach nochmaliger Betonung der Verständigungsnotwendigkeit mit Frankreich schloß Gen. Kobach seinen außerordentlich interessanten Vortrag ab. Nach der Diskussion, die von der Genossin Stark und von Gen. Göpferich bestritten wurde, ging Gen. Kobach auf verschiedene Fragen ein und schloß mit anfeuernden Worten für die Sache des Sozialismus. Kurz nach 11 Uhr konnte Gen. Friedrich die sehr interessante verlaufene Versammlung schließen. R. M.

#### Bezirk Daglanden

Am letzten Samstag fand im Volkshaus eine auf besuchte Bezirksversammlung statt. Der Referent Gen. Saebler hat uns in zwei stündigen Ausführungen die Ohnmacht der Privatwirtschaft vor Augen geführt. Den schwersten Schlag, den die kapitalistische Wirtschaft erhalten hat, begann mit der Schließung der Börse. Die Banken gerieten in Schwierigkeiten, der Zusammenbruch der Danabank, des Rabenbankens usw. gaben dem Ausland schwere Bedenken, das Vertrauen auf unsere Wirtschaft ging stark zurück. Die Unterhaltungssektion der Regierung den Banken gegenüber war äußerst großzügig und wurde auf Kosten der breiten Massen der Bevölkerung durchgeführt. Leider hat sich die Regierung gegen derartige Experimente nicht gesichert, indem sie sich nicht der Bankkontrolle bedient hat. Durch die Finanzsituation hat die kapitalistische Struktur eine Veränderung erfahren. Das Wesen des Kapitalismus offenbart sich in der Verteilung der Industrie, die freie Konkurrenz ist ausgeschaltet, die Exportindustrie geht zu Grunde. Die jetzige Krise kann kaum mehr überwunden werden, weil die freie Konkurrenz ausgeschlossen ist. Durch Schutzmaßnahmen entsteht eine Exportverminderung zum Zwecke der Preisbildung im Ausland und eine Importvermehrung der Kapitalisten im Inland. Am schwersten betroffen wurde die englische Industrie durch die Weltkrise, es gingen ihr große Absatzgebiete verloren. Der Redner streifte auch die politische Krise, den Ausfall der englischen Wahlen und die Niederlage der Arbeiterpartei. Der Nationalsozialismus ist eine Erscheinung, wie sie der Kapitalismus notwendig braucht. Eine große Wichtigkeit für den Kapitalismus ist die Presse. Jugentber verläßt über hunderte von Zeitungen, die durch ihn über die Welt täglich gepfeift werden.

Mit höchster Freude über die große Aufmerksamkeit beendete der Redner seinen Vortrag und erteilte dafür großen Beifall. Nach einer kurzen Pause trat eine Diskussion ein, die von vier Genossen bestritten wurde. Alle waren sich darüber einig, daß die Ausführungen Saeblers von großem Nutzen getragen waren und befruchtend auf die Zuhörer eingewirkt haben. Besonders hervorzuheben wurde von einem Genossen, daß die inneren Zwistigkeiten der Partei auf eine andere Art hätten geregelt werden können, als dies geschehen ist. Mit der Mahnung, treu zur Partei und Parteipresse zu stehen, konnte der Vorlesende die gut verlaufene Versammlung schließen. W. M.

### Reformationsfeier

Darüber nebt uns aus Kreisen der religiösen Sozialisten folgender Bericht zu: Seit einer Reihe von Jahren veranstaltet die evangelische Kirchengemeinde Karlsruhe eine Reformationsgedächtnisfeier in der Festhalle. Auch dieses Jahr war lange vor Beginn der Gasse überfüllt. Die vereinigten Kirchenglieder der Stadt brachten unter Leitung des Herrn Hauptk. Wolf Chöre von Bach, Haydn und Schubert zum Vortrag. Herr Musiklehrer Rumpf umrahmte mit zwei mächtigen Orgelvorreden die Feier. Im Mittelpunkt der Kundgebung stand die Rede des Herrn Kirchenrats D. Sellsbacher-Baden-Baden über „Protestantismus und Kirche“. Der Redner schilderte die Kulturleistung der Kirche in den vergangenen Jahrhunderten, zeigte den ungeheuren politischen und sozialen Einfluß der Reformation. Luther baut das Schulwesen neu auf, zwingt die Leibeigenschaft ab. Heute steht die Kirche im Winkel und Unzulänge warten vergeblich auf eine Antwort von ihr zu den Vätern der Gegenwart. Herr Kirchenrat Sellsbacher zeigte nun aus der Geschichte der protestantischen Kirchen, warum die Entwicklung in dieser Weise sich vollziehen mußte. Der Protestantismus prägte zuerst den Begriff der Glaubensfreiheit. Hier gibt es kein Schema und keine Uniform. So wirkt die neue Erkenntnis kirchenauflösend. Das Licht der Geistesfreiheit wirft seinen Schatten in der Zerküsterung. Das ist die Tragik der evangelischen Kirchen. Aber die großen Denker des deutschen Idealismus, ein Kant, Hegel und Fichte, sind nur durch dieses Licht geworden. Der Protestantismus hat das Wesen der Persönlichkeit gepflegt. Das geschieht heute in schrankenloser Weise bis zu einer Vergeistung des Einzelnen. Das Erbe der Reformation ist heute in Gefahr, im allgemeinen Chaos unterzugehen. Aber auch heute noch ist die Kirche der Leib des Christentums. Sie hat von Generation zu Generation die folklorischen Wahrheiten des Evangeliums getragen. Wir kennen ihre Fehler und ihre Mängel, aber wir rufen

## Um die Albtalbahn

Anlässlich der Konkursanmeldung der Bleag schrieben wir, daß die Bleag nach dem Ablauf des Konkursverfahrens in ihrer heutigen Form wohl nicht mehr bestehen dürfte. Alle Anzeichen deuten auch darauf hin, daß es so kommen wird. Besonders die Albtalbahn und die von ihr abzweigende Strecke nach Ittersbach sind Kernpunkte des Problems „Bleag“. Kürzlich wurde von einer hiesigen Tageszeitung eine Zweiteilung der Albtalbahn vorgeschlagen. Dieser Vorschlag ist absolut gar nichts Neues, wir haben ihn schon vor mehreren Jahren gemacht, schon bevor die Albtalbahn in der schwersten Krise sich befand. Die Öffentlichkeit hatte damals dieser Frage nicht das nötige Interesse geschenkt, wie dies jetzt der Fall ist, wo es sich um Sein oder Nichtsein der Albtalbahn handelt. Es steht auch ohne weiteres fest, daß eine Bahn mit solchen Mängeln und Fehlern, die eine Großstadt mit einem wirtschaftlich wichtigen Hinterlandsgebiet verbindet, nicht geeignet ist, die Aufgaben zu erfüllen, die man von ihr verlangen muß. Von diesem Gedanken ausgehend, forderten wir zum Beispiel erst wieder im August vorigen Jahres, daß man endlich bei allen in Frage kommenden Stellen nach den vielen Opfern und Gehilfen sich aufraffen sollte, um endlich etwas Gutes und Dauerndes zu schaffen. Aber alle maßgebenden Stellen besaßen sich mit der Frage der Albtalbahn nur dann, wenn die Einstellung der Bahn in Aussicht steht, während man in der Zwischenzeit die Bleagfrage wieder ad acta legt. So geschah es bisher. Man darf sich deshalb nicht wundern, wenn bis jetzt nichts Praktisches bei der Sache herauskam. Wir forderten in unserem letzten Artikel mit aller Deutlichkeit den

### Ausbau der Bahn Karlsruhe—Herrenalb als normalspurige Bahn bei Übernahme als solcher durch die Reichsbahn.

Wir schreiben u. a.: Wesentlich in technischer und finanzieller Beziehung sind die verhältnismäßig günstigen Voraussetzungen für diese Lösung, weil die Ausfahrtslinie von Karlsruhe über den Ettlinger Reichsbahnhof bis zum Holzhof in einer Länge von nahezu 10 Kilometern schon vorhanden ist, desgleichen neben der schmalspurigen Bahn vom Reichsbahnhof Ettlingen bis Ehenrot. Von hier bis Herrenalb wäre der Ausbau auf Normalspur notwendig, was nach Ansicht von Sachverständigen keine allzu großen Geldmittel erfordern dürfte. Uebrigens würde in der heutigen schweren Zeit die Ausführung dieser wertvollen Arbeit wieder einer Anzahl Arbeitsloser eine zeitlang lohnende Beschäftigung bringen. Nach dem gemachten Vorschlag würde sich der Zugverkehr vom Karlsruher Hauptbahnhof auf der Hauptstrecke nach Rastatt und dem hohen Bahndamm westlich und dicht bei der Weiserfeldsiedlung und unbehelligt von jedem sonstigen Verkehr abwickeln. Alle Gefahrenpunkte wären damit beseitigt. Neben einem flotten Personenzugverkehr könnte auch der für die Wirtschaftlichkeit der Bahn notwendige Güterverkehr durchgeführt werden. Da der besondere Albtalbahnhof in Karlsruhe überflüssig werden würde, könnten die Reisenden, die von weither nach dem Albtal oder umgekehrt verkehren, beim Aufsteigen auf dem Hauptbahnhof verbleiben, so daß das jetzt als sehr mühsam empfundene Hinüber- und Herüberwandern zwischen beiden Bahnhöfen, besonders wenn mit Gepäck beladene Personen in rage kommen, wegfallen würde.

### An Stelle der stillgelegten Albtalbahnstrecke zwischen

Karlsruhe und Ettlingen wären dann am zweckmäßigsten Linien der städtischen Straßenbahn Karlsruhe durchzuführen.

Unsere Vorschläge gingen also ganz konform mit denjenigen, die jetzt im Mittelpunkt der Beratungen stehen. Aber leider wurde die ganze Zeit hindurch wiederum nichts getan, bis nun wieder einmal der Zeitpunkt gekommen ist, wo die Stilllegung der Bahn in bedrohliche Nähe rückt. Würden unsere Vorschläge realisiert werden, so wäre es natürlich auch mit der Albtalbahn in ihrer heutigen Form. Aber die Verkehrsnotwendigkeit erfordert, daß Schritte in dieser Hinsicht unternommen werden; denn in ihrer heutigen Form bildet die Albtalbahn zu einem gewissen Teil ein großes Verkehrshindernis und ist nicht geeignet, die Verkehrsnotwendigkeiten der heutigen Zeit und erst recht nicht bei einer besseren Wirtschaftsjunktur zu erfüllen.

Im Mittelbadischen Kurier wird ebenfalls die Frage der Zweiteilung der Albtalbahn angeschnitten und von sachverständiger Seite dazu folgendes geschrieben, das wir unserer Leserschaft auch nicht vorenthalten wollen:

Eine Zweiteilung der Albtalbahn wird kaum in Betracht gezogen werden können und zwar aus folgenden Gründen: Die Hauptverkehrsstrecke ist und bleibt die Linie Karlsruhe—Ettlingen. Würde diese Strecke, welche allein für sich durch aus rentabel erscheint, aus dem Betriebes herausgenommen, und an die Stadt Karlsruhe abgetreten werden, so wären die Reststrecken Ettlingen—Herrenalb und Bubenbach—Ittersbach zur Dauernden Unrentabilität verurteilt. Der Fremdenverkehr und der Ausflugsverkehr nach Herrenalb könne niemals allein genügen, um die Betriebskosten für diese Endstrecken aufzubringen. Ob die Reichsbahn sich zur Übernahme dieser Strecken verpflichten wird, erscheint sehr fraglich. Eine Rentabilität könnte — unter Voraussetzung eines größeren wirtschaftlichen Aufschwunges — für die Reichsbahn sich nur ergeben, wenn eine direkte Verkehrsverbindung zwischen Karlsruhe (Hauptbahnhof) über Ettlingen (R.-Bahnhof) nach Herrenalb zustande käme. Allerdings müßte dann die Bahnstrecke zwischen Ehenrot und Herrenalb normalspurige ausgebaut werden (neben der Schmalspur besteht bereits eine normalspurige Schienenverbindung zwischen Ettlingen (Reichsbahn) und dem Bahnhof Ehenrot).

Wiebe noch die Strecke Bubenbach—Ittersbach übrig. Da die Stadt Pforzheim bereits die Kleinbahnlinie nach Ittersbach besitzt, so würde eine Weiterleitung nach Bubenbach nicht auf besondere Schwierigkeiten stoßen. Eine Rentabilität würde sich schließlich bei Besserung unserer Wirtschaftsverhältnisse auch für diese Strecken unter dem Gesichtspunkte ergeben, daß bei Durchführungen der Reichsbahn nach Herrenalb der Bahnhof Bubenbach dem Albtal aus dem badiischen Oberland bzw. aus dem Rheintal erleichtert und der Verkehr dadurch verbleiben würde. Es müßte allerdings eine etwas beschleunigte Verbindung zwischen Bubenbach und Pforzheim herzustellen werden. Also nur eine Dreiteilung würde Aussicht auf Erfolg versprechen.

Zunächst müßten allerdings von den vorgedachten interessierten Stellen Opfer gebracht werden.

Die Aufbringung der erforderlichen Mittel wird zwar nicht gerade leicht sein, aber im Interesse der Sache wird unbedingt eingesehen müssen, und schließlich — wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Hier wird also einer Dreiteilung das Wort geredet und zwar sind die Gründe hierfür nicht ohne weiteres nach der Hand zu weisen. Ganz abgesehen davon, daß auch die Dreiteilung die von uns vorgeschlagene Zweiteilung einschließt und bezüglich der Ittersbacher Strecke sicherlich eine gangbare Lösung nicht ausgeschlossen ist.

## Revolutionsfeier

Sonntag, 8. November, vormittags 11 Uhr

Vortragssfolge:

1. Sprechchor (Arbeiterjugend)
2. „Hymne an das Feuer“ von Jenger (Vassalla)
3. Ouvertüre von Carl Maria von Weber (Harmonieorchester)
4. Ansprache (Genosse Fr. Ulrich, M.D.R.)
5. „Kaffe Schlote“, Chor mit Orchester von F. L. Human (Vassalla und Harmonieorchester)
7. Gemeinsamer Gesang: Die Internationale.

Ausschneiden! Ausschneiden!

Habt Ihr schon Eintrittskarten?

mus und Kirche“. Der Redner schilderte die Kulturleistung der Kirche in den vergangenen Jahrhunderten, zeigte den ungeheuren politischen und sozialen Einfluß der Reformation. Luther baut das Schulwesen neu auf, zwingt die Leibeigenschaft ab. Heute steht die Kirche im Winkel und Unzulänge warten vergeblich auf eine Antwort von ihr zu den Vätern der Gegenwart. Herr Kirchenrat Sellsbacher zeigte nun aus der Geschichte der protestantischen Kirchen, warum die Entwicklung in dieser Weise sich vollziehen mußte. Der Protestantismus prägte zuerst den Begriff der Glaubensfreiheit. Hier gibt es kein Schema und keine Uniform. So wirkt die neue Erkenntnis kirchenauflösend. Das Licht der Geistesfreiheit wirft seinen Schatten in der Zerküsterung. Das ist die Tragik der evangelischen Kirchen. Aber die großen Denker des deutschen Idealismus, ein Kant, Hegel und Fichte, sind nur durch dieses Licht geworden. Der Protestantismus hat das Wesen der Persönlichkeit gepflegt. Das geschieht heute in schrankenloser Weise bis zu einer Vergeistung des Einzelnen. Das Erbe der Reformation ist heute in Gefahr, im allgemeinen Chaos unterzugehen. Aber auch heute noch ist die Kirche der Leib des Christentums. Sie hat von Generation zu Generation die folklorischen Wahrheiten des Evangeliums getragen. Wir kennen ihre Fehler und ihre Mängel, aber wir rufen

alle auf, an ihr mitzuarbeiten. Sie ist nie fertig und auch die Gegenwart braucht eine Kirche, die ihr das Gewissen schärft und den Weg Gottes zeigt.

### Ein Lehrer

In die Festhalle strömen Menschen. Die meisten waren aus der Fremde und gut gekleidet. Sie gingen zu einer der häufigsten Veranstaltungen der Badenfreier mit Standardanleihe, alten Militärmänteln, militärischem Krimskram und gewolligen Schmutzfäßen für den Gelehrten. Unter diesen Menschen erdachte ich einen mir bekannten Lehrer. Zweifelloser war es nicht der einzige Lehrer, der da mit hineinströmte in diesen Karneval. Mich durchsuchte sofort der Gedanke, ein Lehrer, ein Bäcker, ein Arbeiter, ein Bauer, ein Dingen! Einer, der unsere Kinder erziehen soll zu freien, aufwärtsstrebenden Menschen, findet Gefallen an Dingen, die mich zurückschrecken auf Antiquar, zu Völkern und Völkermord!

Belehrer Herr Lehrer, ist Ihnen nicht bekannt, daß gerade „studie Marxismus“ es war, der mit aller Macht die Volksschule und damit auch den Volksschullehrer auf eine höhere Ebene gehoben hat? Allerdings hat Ihre Badiische Presse, die Sie täglich lesen, darüber noch nichts geschrieben. Glauben Sie, Herr Lehrer, daß der Marxismus daran schuld ist, wenn Ihr Volk heute auch gekleidet wird, in einer Zeit, wo Millionen von Arbeitern arbeitslos und hoffnungslos vor einem kalten Winter stehen, kein, der ist nicht schuld; schuld ist die kapitalistische Wirtschaftsordnung, zu deren Beilegung Sie, Herr Lehrer und so viele andere, die heute voller Mut sind, noch nicht das geringste beigetragen haben! Sie sollten wissen, daß das Bakterium dem Sie nachlaufen und das vom Großkapital ausgehen wird, auch ohne dieses System da ist! Meine persönliche Meinung geht dahin: Lehrer, die am Bakterium Gefallen finden, taugen nichts als Erzieher! Eltern sind auf der Hut, es geht um die geistige Gesundheit eurer Kinder.

Promenadenkonzert. Bei günstiger Witterung veranstaltet die Festhalle am Dienstag, den 3. November, mittags von 12 bis 13 Uhr, auf dem Schloßplatz ein Promenadenkonzert.

### Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Unter dem Einfluß des kontinentalen Hochdruckgebietes hat der Wetter bei uns angedauert. In Niederungen traten heute früh leichte Nebel auf. Allenthalben hatte es Frost. Das nordwesteuropäische Tiefdruckgebiet arbeitet sich jetzt langsam gegen das Becken vor, wobei wir bei föhlicher Luftaufzucht zunächst mildes und heiteres Wetter, später mit Bewölkungsumnahme, zu rechnen haben.

Wetterausblick für Mittwoch, 4. November: Nachtfrost mit östlichen Frühnebeln in Niederungen. Zunächst noch meist heiter, mit allmählicher Bewölkungsumnahme. Auffrischende südliche Winde, am Tage mild.







